

Braucht die Medizinische Fakultät eine Betriebsakademie?

UZ-Interview mit Günter Neumann, stellv. Vorsitzender der FGL Medizinische Fakultät

DISKUSSIONSFORUM



So erfüllen wir unseren Siebenjahrplan

„Universitätszeitung“: Warum kommt der umfassenden Qualifizierung und Weiterbildung der Kollegen an der Medizinischen Fakultät besondere Bedeutung zu und welche Voraussetzungen bestehen dafür?

Günter Neumann: Der 8. FDGB-Kongress stellt der Gewerkschaft u. a. als Hauptaufgabe für die Periode des Sieges des Sozialismus, das sozialistische Bewusstsein und die fachliche und kulturelle Bildung der Werktätigen zu erhöhen.

Bei der Auswertung des 5. FDGB-Kongresses und des Entwurfes zum Perspektivplan zur Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und des Gesundheitswesens in der DDR gelangten wir zu der Meinung, daß die neuen großen Aufgaben nur dann erfüllt werden können, wenn an unserer Fakultät noch umfangreichere und bessere Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir entsprechen damit der Feststellung des Perspektivplanes, daß die Pflege und Förderung der Gesundheit unserer Werktätigen die große Initiative jedes Mitarbeiters des Gesundheitswesens notwendig macht und der Aufbau des Sozialismus ohne die Mitwirkung des Gesundheitswesens undenkbar ist. Die großen Aufgaben, die auch an unserer Fakultät zu lösen sind, erfordern, die grundsätzliche Überlegenheit unseres Gesundheitswesens auf allen Gebieten noch sichtbarer

werden zu lassen und so die Anziehungskraft der DDR auf die Werktätigen ganz Deutschlands zu verstärken. Aus diesen Feststellungen erwächst die politische und fachliche Notwendigkeit einer umfangreichen und zielgerichteten Qualifizierung und Bildungsarbeit.

Die Möglichkeit, diese Aufgabe an unserer Fakultät erfolgreich zu lösen, ergibt sich aus folgendem:

1. Eine große Zahl unserer Kollegen hat erkannt, daß es notwendig ist, sich ständig neue Kenntnisse zu erwerben. Wir können sagen, daß wir einen breiten Forderung unserer Kollegen nachkommen. Viele Beispiele belegen dies.

2. An unserer Fakultät ist die Bereitschaft unserer Wissenschaftler und der erfahrenen Mitarbeiter zur Unterstützung vorhanden. Wir möchten hier nur erwähnen, daß u. a. Prof. Dr. Wildführ großes Interesse an der Weiterbildung der medizinisch-technischen Assistentinnen an unserer Fakultät zeigt und seine Unterstützung zugesagt hat.

3. Die Gewerkschaft ist in der Lage, diese große Aufgabe in ihre Hand zu nehmen und richtig zu meistern.

„Universitätszeitung“: Wie soll die Tätigkeit der Betriebsakademie, in deren Rahmen künftig diese neuen Aufgaben der Qualifizierung und Weiterbildung gelöst werden sollen, im einzelnen aussehen?

Günter Neumann: Unseres Erachtens müßten drei Richtungen der Qualifizierung und Weiterbildung besonders hervorgehoben werden.

Erstens: Vermittlung eines umfangreichen Wissens, um den Höchststand in der fachlichen Arbeit zu erreichen und die der Fakultät gestellten Aufgaben besser lösen zu können.

Zweitens: Erweiterung der gesellschaftswissenschaftlichen Kenntnisse.

Drittens: Bereicherung des Wissens auf kulturellem Gebiet.

Obwohl wir hier eine Dreiteilung in der Arbeit der Betriebsakademie vornehmen, möchten wir doch ausdrücklich betonen, daß es sich dabei im Grunde um eine Einheit handelt.

Die Tätigkeit der drei Arbeitsgruppen müßte zusammengefaßt und gelenkt werden durch einen Rat der Betriebsakademie. In diesem zu schaffenden Leitungsgremium müßte natürlich die Gewerkschaft im entscheidenden Maße die Mitbestimmung wahrnehmen.

„Universitätszeitung“: Welche Probleme ergaben sich aus der bisherigen Diskussion über die Einrichtung einer Betriebsakademie an der Fakultät?

Günter Neumann: Es wurde unter anderem die Ansicht vertreten, daß sich Betriebsakademie und Volkshochschule in ihrer Tätigkeit überschneiden würden. Dies trifft aber insofern nicht zu, als gerade die Volkshochschule künftig auf der Grundlage eines festen Vertrages ihre Lehrgänge an der Fakultät durchführen soll, andererseits jedoch die Themenkreise, die sich auf die spezielle fachliche Qualifizierung unserer Beschäftigten ergeben, nicht von der Volkshochschule übernommen werden können.

Manche Kollegen vertreten die Ansicht, daß die Betriebsakademie nichts Neues bringen wird. Wenn sie damit meinen, daß an unserer Fakultät doch schon eine verhältnismäßig gute Arbeit auf dem Gebiet der Qualifizierung geleistet wird, so haben sie damit zwar recht, doch die FGL ist der Meinung, daß wir mit der Betriebsakademie eine neue Qualität in der Qualifizierung und Weiterbildung erreichen müssen. Es kommt vor allem darauf an, alle Maßnahmen zu koordinieren, um an der ganzen Fakultät zu einem systematischen und zielgerichteten Lernen zu kommen.

„Universitätszeitung“: Welches müssen jetzt die nächsten Schritte zur Schaffung der Betriebsakademie sein?

Günter Neumann: Nachdem sich die FGL in mehreren Beratungen mit den AGL-Vorsitzenden und vielen Vertrauensleuten und Kollegen Klarheit über die Notwendigkeit einer zentralen Institution für Qualifizierung und Weiterbildung verschafft hat, ist es jetzt die wichtigste Aufgabe, allen Kollegen den Sinn und die Bedeutung der Betriebsakademie zu erläutern. Dazu wird u. a. ein offener Brief der FGL an alle Beschäftigten beitragen, der in dieser Woche erscheint. Dieser offene Brief sollte in allen gewerkschaftlichen Leitungen und in allen Gewerkschaftsgruppen beraten werden. Weiterhin erwarten wir dazu die Meinung der staatlichen Funktionäre und natürlich auch der Leitung der Karl-Marx-Universität. Um noch einen umfangreicheren Kreis von Kollegen mit der Problematik und der Aufgabenstellung vertraut zu machen, wird die FGL in der nächsten Zeit zu diesen Fragen eine größere Beratung mit Gewerkschafts- und Staatsfunktionären durchführen. Voraussichtlich wird das am 25. Januar 1960 sein. Kurzfristig ist ein Gründungskomitee zu bilden. Mit der Vorbereitung der ersten Lehrgänge sollte ebenfalls nicht mehr länger gewartet werden.



Abrüstung eröffnet Weg zu dauerhaftem Frieden

Universitätsangehörige begrüßen Beschluß des Obersten Sowjets, sowjetische Streitkräfte um ein Drittel zu verringern.

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Ankündigung der gewaltigen Verminderung des Truppenbestandes der Sowjetarmee hat mich eine tiefe Freude empfinden lassen. Eine neue Epoche beginnt effektiv mit diesem höchst konkreten Beschluß.

Es kann nun niemand mehr sagen, die Sowjetunion lasse es an greifbaren Beweisen ihres Friedenswillens fehlen. Und dennoch gibt es in der westlichen Welt und leider gelegentlich auch bei uns noch Menschen, die diesen Friedenswillen nicht sehen wollen. Christeschow weiß sehr wohl über die Reichweite und bemerkte schon vor mehreren Monaten in einem Aufsatz „Über friedliche Koexistenz“ in „Foreign Affairs“ (abgedruckt in ND vom 9. 9. 1959) über solche Leute: „Sie sagen so: Die sowjetischen Führer behaupten, sie seien für friedliche Koexistenz. Gleichzeitig aber erklären sie, daß sie für den Kommunismus kämpfen, und sie sagen sogar, der Kommunismus werde in allen Ländern siegen. Was kann es für eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion geben, wenn sie für den Kommunismus kämpft? Die Menschen, die die Frage so stellen, stiften, ob sie es wollen oder nicht, Verwirrung; denn sie vermengen die Probleme des ideologischen Kampfes mit den Beziehungen zwischen den Staaten. Diejenigen, die solche Verwirrung stiften, lassen sich vor allem von dem Wunsch leiten, die Kommunisten der Sowjetunion zu verunglimpfen und sie als Anhänger aggressiver Handlungen hinzustellen. Das ist aber sehr unklug.“

„Unklug“ als charakterisierendes Ausdruck für solche Haltung ist klug gewählt und sicher das richtige Wort für den amerikanischen Leserkreis: Jenes Aussetzes Wir Deutschen aber müssen für solch blöwriges Nicht-Verstehen-Wollen ein schärferes Wort gebrauchen. Es heißt „verbrecherisch“. Nach den antisemitischen Ausschreitungen der letzten Wochen müßte uns allen klar sein, daß die widerlichste nazistische Reaktion und die Grundtönheit „Antisemitismus“ aus demselben Holz wachsen. Darum meine ich, man sollte jede Gelegenheit nutzen, um mit jedermann zu jeder Stunde zu sprechen von den schändlichen Taten, die der Nazismus begeht, und von den herrlichen Friedensstaten der großen Sowjetunion.

Prof. Dr. Walter Martin, Dekan der Philosophischen Fakultät

Es wird hohe Zeit, daß die ständigen Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion befolgt werden. Besonders die Regierung des Westens sollte im Gegensatz zu ihrer bisherigen Politik begreifen lernen, daß die Unterstützung dieser Vorschläge die Erhaltung des Friedens bedeutet und jede Drohung von seiten der Westmächte die internationale Lage verschärfen muß, ohne deshalb zu einem Erfolg für diese Kräfte zu führen. Dieser Beschluß wird die Unterstützung aller friedliebenden Menschen finden. Da die weitere Stärkung des Sozialismus die Kriegsgefahr mindern und schließlich bannen wird, bedeutet er auch für uns als Institutsangehörige eine ständige Steigerung unserer Leistungen in Forschung und Lehre.

Dr. Mühlstädt, Oberass. am Institut für Organische Chemie

In einer Kurversammlung zeigten die Studenten der Semingruppe B 2 Wifa ihre Begeisterung für den erneu-

ten Beweis des Friedenswillens der Sowjetunion und damit des gesamten sozialistischen Lagers. Wieder einmal sind die Lügen der westlichen Kriegspropagandisten, die Sowjetunion mache nur leere Versprechungen, auf das deutlichste widerlegt. Wir hoffen und fordern, daß auch endlich die Westmächte ihre Streitkräfte vermindern und damit ebenfalls ihren Friedenswillen bekunden. Wir betrachten diese Maßnahme der Sowjetunion als einen der größten Fortschritte der Politik des Friedenslagers.

In einem Schreiben von Angehörigen der Orthopädischen Klinik an das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland heißt es:

„Die Kolleginnen und Kollegen von sieben Gewerkschaftsgruppen der Orthopädischen Klinik der Karl-Marx-Universität sind von ihrer Erklärung „Die Schuldigen sitzen in Bonn“ stark beeindruckt. Wir schließen uns dem Protest an.“

Hat die Bevölkerung im Westen unserer Heimat vergessen, daß wir 1938 schon einmal eine Kristallnacht hatten, in der Menschen und Werte vernichtet wurden, daß unter dem Zeichen des Hakenkreuzes Not und Elend über Europa gebracht wurde und Millionen Menschen im zweiten Weltkrieg ums Leben kamen? Die Menschen können doch nicht vergessen, daß durch die Proklamation des totalen Krieges viele Großstädte in Schutt und Asche gelegt wurden.

Wir Mitarbeiter im Gesundheitswesen können uns noch deutlich an diese Verbrechen an der Menschheit erinnern. Deshalb fordern wir; Nehmt den für diese erneuten antisemitischen Aktionen verantwortlichen faschistischen Elementen die Macht aus den Händen.“

Für alle sichtbar ist in den antisemitischen Unfällen der letzten Wochen die Saat des faschistischen und militaristischen Ungeistes aufgegangen.

Diese antisemitische Welle ist kein Zufall. Sie ist Ausdruck dessen, daß überall die alten Imperialisten und Militaristen in Schlüsselpositionen eingedrungen sind. Antisemitische, faschistische und militaristische Aktionen werden stets durch die Staatsorgane der Bundesrepublik gedeckt und gefördert. Die antisemitischen Aktionen der letzten Wochen zeigen deutlich, daß sie fester Bestandteil der Aggressionspolitik der reaktionärsten Kreise Westdeutschlands sind und die Aufgabe haben, den kalten Krieg mit allen Mitteln fortzusetzen.

Im Interesse der friedlichen Entwicklung Deutschlands und einer umfassenden Entspannung in der Welt, im Interesse des Gelingens der Gipfelkonferenz fordern wir das sofortige Verbot aller neofaschistischen Organisationen in Westdeutschland, die Entfernung der alten Faschisten und Blutricker aus dem Staatsapparat und die Gewährleistung der freien Betätigung aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Die Angehörigen des Franz-Mehring-Instituts

Die Gemeinschaftsarbeit am FMI trägt ihre ersten Früchte

Die großen Aufgaben, die der Siebenjahrplan unseren Universitäten und Hochschulen stellt, können nur gelöst werden, wenn in stärkerem Maße sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften gebildet werden. Die Richtigkeit dieser Feststellung wird an unserer Universität kaum bestritten, und doch gibt es an vielen gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Fachrichtungen in dieser Beziehung ein ernstes Zurückbleiben.

Lange Zeit galt das auch für das Franz-Mehring-Institut. Obwohl sich beide Abteilungen des Instituts schon im Frühjahrsemester 1959 der Bewegung zur Bildung von Gemeinschaften, sozialistischer Wissenschaftler angeschlossen hatten, um einen größeren Beitrag zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe unserer Republik zu leisten und die Produktivität ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu erhöhen, kamen sie über erste Ansätze der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit nicht hinaus.

Das änderte sich erst nach einer gut vorbereiteten und sehr kritischen Aussprache innerhalb der Parteilgruppe der Wissenschaftler. In Auswertung dieser Beratung wurde in beiden Abteilungen des Instituts eine konkrete Aufgabenstellung erarbeitet, um durch eine schnellere und zielstrebigere Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit bessere wissenschaftliche Leistungen zu erzielen. Ueber ein erstes Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit soll hier berichtet werden.

Im März dieses Jahres feiert die deutsche Arbeiterklasse den 40. Jahrestag ihres Sieges über die Kapp-Putschisten. Die machtvolle Aktions-einheit des deutschen Proletariats zerschlug damals die Absichten der reaktionärsten Teile des Monopolkapitals, der Junker und Militaristen.

Universitätszeitung, 21. 1. 1960, S. 2

eine Militärdiktatur zu errichten und die Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918 wieder zu besetzen. Die geeinte Arbeiterklasse wird in wenigen Tagen mit der militaristischen Verschwörung fertig.

Die Lehren für unseren heutigen Kampf gegen den deutschen Militarismus sind klar, erkennbar und von größter Bedeutung. Die Abteilung „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ beschloß daher, ein Kollektiv von vier Genossen zu bilden, das in kürzester Zeit auf der Grundlage des vorhandenen Materials eine Veröffentlichung zum 40. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches vorbereiten sollte.

Dann begann die gemeinsame Arbeit. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft diskutierten Umfang und Inhalt der Arbeit und legten eine erste Grobdisposition fest. Dann wurden die am Institut vorhandenen Materialien ausgewertet, vor allem Diplomarbeiten die zum Teil sehr gutes Quellenmaterial enthielten. Nach eingehendem Studium allen vorhandenen Materials einigte sich die Arbeitsgruppe über den endgültigen Aufbau des Artikels, erarbeitete eine genaue Gliederung und sprach die wichtigsten Probleme und Schwerpunkte der Arbeit durch.

Nach Abschluß dieser Beratung erhielt ein Mitglied des Kollektivs den Auftrag, auf der Grundlage der Diskussion und des vorhandenen Materials einen ersten Entwurf der gemeinsamen Veröffentlichung vorzubereiten. Nachdem dieser Entwurf vorlag, wurde er von allen Mitarbeitern der Arbeitsgruppe gründlich durchgesehen und dann noch einmal im ganzen Kollektiv diskutiert. Zu dieser Beratung wurde auch der Verfasser der Diplomarbeit, die der Arbeitsgemeinschaft das beste Quellenmaterial geliefert hatte, hinzugezogen. Schließlich wurde die Arbeit in Anwesenheit aller Kollektiv-

mitglieder endgültig formuliert und konnte der wissenschaftlichen Zeitschrift unserer Karl-Marx-Universität termingerecht in einem Umfang von etwa 50 Manuskriptseiten übergeben werden.

Neben dieser positiven Seite zeigten sich aber auch noch Schwächen in der Gemeinschaftsarbeit und wir wollen sie keineswegs verschweigen. Die größte Schwäche bestand darin, daß der Entwurf für den gesamten Artikel nur von einem Mitglied des Kollektivs ausgearbeitet wurde, während unserer Meinung nach sozialistische Gemeinschaftsarbeit erfordert, daß alle, oder mindestens mehrere Mitglieder des Kollektivs an der Ausarbeitung beteiligt sind. Auch stand die ganze Arbeit unter starkem Zeitdruck, weil der Artikel nicht auf längere Sicht geplant worden war und daher sehr kurzfristig erarbeitet werden mußte.

Aus diesen Schwächen hat die Arbeitsgemeinschaft Lehren gezogen und wird versuchen, es beim nächsten Mal besser zu machen. Als nächste Veröffentlichung ist jetzt für Mai dieses Jahres ein Artikel zur Bedeutung von Lenins Werk „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ geplant. Der Artikel zum 40. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches kann nur als erster Versuch einer Gemeinschaftsarbeit gewertet werden. Wir sind uns auch darüber im klaren, daß sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit nicht in der Vorbereitung von bestimmten Veröffentlichungen erschöpft, glauben aber, daß die Wissenschaftler des Franz-Mehring-Instituts jetzt auf dem richtigen Weg sind, um die großen Aufgaben, die der Siebenjahrplan den Gesellschaftswissenschaftlern stellt, erfolgreich lösen zu können.

Dr. Hans-Jürgen Friederich Rudolf Pletzschner